



Liebe Leserinnen und Leser,

in der zurückliegenden Sitzungswoche war neben den Einzelplan Beratungen zum Bundeshaushalt, die Vorkommnisse beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) von besonderer Bedeutung. Mit der Ausschusssitzung am Mittwoch folgten am heutigen Freitag zwei weitere Sondersitzungen, die zur Aufklärung der Vorgänge in der Außenstelle des BAMF in Bremen führen sollen. Es ist absolut richtig, dass wir hier für eine lückenlose Aufklärung der Vorgänge sorgen. Ich unterstütze daher ausdrücklich unseren Bundesinnenminister Horst Seehofer, der entsprechende Maßnahmen eingeleitet hat, um verloren gegangenes Vertrauen so schnell wie möglich wiederherzustellen. Darüber hinaus

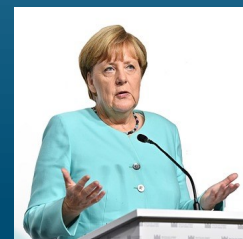
habe ich heute im Plenum zum mehrjährigen Finanzrahmen der EU gesprochen.

Herzliche Grüße

Ihr

Diese Woche:

Seite 2 :
Souverän durch die
Fragestunde



Seite 3:
Rede zum mehrjährigen Finanzrahmen der
EU



Seite 4:
Gesetz zur Einführung einer zivilprozessualen Musterfeststellungsklage



Foto: Marc-Stefen Unger



Souverän durch die Fragestunde

Bundeskanzlerin Angela Merkel stellte sich erstmals eine Stunde lang den Fragen der Abgeordneten, darunter auch Fragen zu Europa und Asylpolitik, zum Arbeitsmarkt sowie zum Wohnungsbau.

Mit Trump trotz Differenzen im Gespräch bleiben

Merkel warb dafür, dass die Europäische Union in der Außen- und Sicherheitspolitik deutlicher mit einer Stimme spreche. Dazu könne eine „Europäisierung“ der Sitze, die EU-Mitglieder im Weltsicherheitsrat einnehmen, beitragen. Trotz der Meinungsverschiedenheiten mit Trump plädierte sie dafür, im Gespräch zu bleiben. Denn die USA und die EU teilen ein gemeinsames Wertefundament. Merkel rechtfertigte auch den Ausschluss Russlands aus der G8, nachdem das Land mit der Annexion der Krim einen Völkerrechtsbruch begangen hatte. Aber auch mit Moskau pflege man weiter den Dialog.

Einfachere Rückführungen nach Afghanistan

Sie dankte den BAMF-Mitarbeitern für ihre Arbeit in und nach der außergewöhnlich schwierigen Lage 2015, in der Hunderttausende Flüchtlinge in kürzester Zeit nach Deutschland gekommen waren. Seitdem habe die Bundesregierung vieles verändert und arbeite an weiteren Maßnahmen, damit sich eine solche Situation nicht wiederhole. Gleichwohl bleibe es dabei: „In einer humanitären Ausnahmesituation hat sich Deutschland sehr verantwortlich verhalten.“ Sie kündigte auch an, dass auf Grundlage eines neuen Lageberichts des Auswärtigen Amtes künftig wieder leichter abgelehnte Asylbewerber nach Afghanistan zurückgeführt werden können.



Foto: Deutscher Bundestag/ Achim Melde

Arbeitsplätze schaffen, Lebensverhältnisse verbessern

In einem einleitenden Statement äußerte sich Angela Merkel zunächst zum bevorstehenden G7-Gipfel in Kanada, auf dem sie strittige Diskussionen erwartete. Mit Blick auf das Ausscheiden der USA aus dem Weltklima-Abkommen und dem Iran-Atom-Abkommen sowie die rechtswidrig verhängten Strafzölle sprach sie von einem „ernsthaften Problem mit multilateralen Abkommen“. Freier Welthandel sei aber die Basis dafür, dass Arbeitsplätze geschaffen würden und sich die

Lebensverhältnisse der Menschen verbessern könnten.

Günstig Wohnen in Ballungsgebieten

Angesichts der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt kündigte Merkel den Bau von 1,5 Millionen neuer Wohnungen zu bezahlbaren Mieten an. Man brauche mehr Bauland, schnellere Verfahren und besseren Schutz für die Mieter - etwa durch eine Erweiterung ihrer Auskunftsrechte. Die Situation am Arbeitsmarkt bezeichnete Merkel als erfreulich. Deutschland verzeichne die niedrigste Zahl an Arbeitslosen seit der Wiedervereinigung. Man wolle sich aber auch darum kümmern, dass dauerhafte Arbeitsplätze entstünden und nicht nur Leiharbeit.



EU-Haushalt ist ein öffentlicher Haushalt

Die Rede von Alois Rainer zum Thema : Keine EU-Steuern, für Sparsamkeit bei dem mehrjährigen Finanzrahmen der EU

Für den EU-Haushalt gelten dieselben „Gebote“ wie für jeden anderen öffentlichen Haushalt auch. Wir verwalten das Geld des Steuerzahlers und sollten dementsprechend mit diesem sparsam umgehen. Wichtig ist dabei aber auch, im Haushalt Zukunftsinvestitionen zu ermöglichen. Sie sind die Grundlage unseres fortgesetzten Wohlstandes. Europa kann nur stark sein, wenn es ausreichend in seine Zukunft investiert. Die CSU im Bundestag hat sich in Seon für ein schlankes Europa der Stärke ausgesprochen. Wenn wir den EU-Haushalt betrachten, darf man nicht vergessen, dass etwa 96% des EU-Haushaltes direkt den Bürgerinnen und Bürgern, Regionen, Kommunen, Landwirten und Unternehmen zugutekommt. Zudem muss das Subsidiaritätsprinzip unser oberster Maßstab in allen EU-Fragen sein. Als Haushaltspolitiker betrachte ich den EU-Haushalt genau wie jeden anderen öffentlichen Haushalt. Daher muss auch für den EU-Haushalt dieselben „Gebote“ gelten wie für jeden anderen öffentlichen Haushalt auch - insbesondere das Gebot der Sparsamkeit.



BAMF-Arbeit muss aufgeklärt werden

Der Innenausschuss des Bundestages will die Vorkommnisse beim BAMF schnell aufklären. In einem Interview versprach die CSU-Abgeordnete Andrea Lindholz, die zugleich Vorsitzende des Innenausschusses ist, Aufklärung:

Frau Lindholz, Sie haben heute BAMF-Chefin Jutta Cordt und Ihre Vorgänger Frank-Jürgen Weise und Manfred Schmidt in den Innenausschuss eingeladen. Was möchte der Ausschuss von Ihnen wissen?

Es geht um die Vorgänge in Bremen und um die strukturellen Mängel im BAMF insgesamt. Frau Cordt und Innenminister Seehofer haben uns bereits in der vergangenen Woche einen detaillierten Überblick gegeben. Herr Seehofer hat klar gesagt, dass die Rechts- und Fach-

aufsicht des Bundesinnenministeriums über das BAMF nicht funktioniert hat. Heute wird es auch darum gehen, welche Probleme es bereits früher gab, wo es geklemmt hat. Was wussten Weise und Schmidt von den Vorgängen in Bremen? Haben Sie adäquat reagiert?

Wie geht es in der nächsten Woche weiter?

Wichtig ist zunächst, die ehemaligen und amtierenden Spitzen des BAMF anzuhören. Nur so hat der Ausschuss die Möglichkeit, qualifizierte Auskünfte über den kompletten Untersuchungszeitraum zu erhalten. Anschließend wollen wir die zuständigen politischen Verantwortsträger anhören. Deshalb habe ich für Freitag, den 15.06.2018, zu einer weiteren Sondersitzung eingeladen, bei der

uns Thomas De Maizière als ehemaliger Bundesinnenminister und Peter Altmaier als ehemaliger Flüchtlingskoordinator zur Verfügung stehen.

Warum gibt es noch keinen Untersuchungsausschuss?

Momentan wäre ein Untersuchungsausschuss nicht zielführend, weil er zu schwerfällig ist. Wir sorgen jetzt erst einmal im Innenausschuss für eine zügige und hoffentlich auch gründliche Aufklärung. Ich war selbst Mitglied im NSA- Untersuchungsausschuss und die Arbeit dort ist zeitaufwändig und langwierig. Es kann die ganze Legislaturperiode dauern, bis Ergebnisse vorliegen. So viel Zeit haben wir nicht. Einen Untersuchungsausschuss kann man immer noch einrichten, wenn man glaubt, die Erkenntnisse aus dem Innenausschuss reichten nicht aus.



Gesetz zur Einführung einer zivilprozessualen Musterfeststellungsklage

Der Deutsche Bundestag berät in erster Lesung die Einführung der neuen Klageform der Musterfeststellungsklage, die im Koalitionsvertrag vereinbart wurde. Sie unterstützt Verbraucher dabei, ihre Rechte gegenüber Unternehmen besser durchsetzen zu können. Für den Verbraucher interessant ist die neue Klageart insbesondere bei standardisierten Massengeschäften mit geringerem Schadensvolumen, bei denen der Aufwand einer Klage aus Sicht der Betroffenen unverhältnismäßig erscheint. Auch für komplexe Schadenszusammenhänge kann die neue Klageform hilfreich sein. Zukünftig können Verbraucherschutzbünde in einem Klageverfahren anspruchsbegründende Voraussetzungen feststellen lassen, die Bindungswirkung für jene Verbraucher entfalten, die sich hierfür in einem Klageregister anmelden. Auch durch VW geschädigte Diesel-Fahrer können dieses Klageverfahren nutzen, das vorgesehene Inkrafttreten zum 1. November 2018 hemmt die dort zum Jahresende drohende Verjährung. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion wird im parlamentarischen Verfahren ein besonderes Augenmerk darauf legen, die Seriosität und Sachkunde der klagebefugten Verbände zu gewährleisten. Unternehmen müssen vor unseriösen Klagen geschützt werden. Die Musterfeststellungsklage soll ein Instrument für den Verbraucher sein, nicht hingegen ein neues Geschäftsmodell für Anwaltskanzleien und Abmahnverbände.



Versprochene Entlastung für Familien kommt

Zum Gesetzentwurf des Bundesfinanzministeriums zur Stärkung und steuerlichen Entlastung von Familien äußerte sich die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Nadine Schön, wie folgt:

„Es ist ein großer Erfolg für CDU und CSU, dass ein Gesetzentwurf zur Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderfreibetrages auf den Weg gebracht wurde. Die Union hat im Wahlprogramm versprochen, alle Familien fi-

nanziell zu entlasten. In den Koalitionsverhandlungen mit der SPD haben



CDU und CSU diese Forderung durchgesetzt. Und jetzt wird der Koa-

litionsvertrag in diesem Punkt umgesetzt. Die Erhöhung des Kindergeldes um 10 Euro pro Kind und Monat und eine entsprechende Anhebung des steuerlichen Kinderfreibetrages treten zum 1.7.2019 in Kraft. Familien werden 2019 um über 4. Mrd. Euro entlastet, ab 2020 um ca. 10 Mrd.. Für Geringverdiener planen wir weitere Erleichterungen: Eine Reform des Kinderzuschlags und eine Verbesserung der Leistungen für Bildung und Teilhabe sind in der Planung.“



Für Sie erreichbar...

in Berlin:
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 / 227 77420
E-Mail: alois.rainer@bundestag.de

im Wahlkreis:
Schulstraße 1
94353 Haibach
Telefon: 09963 / 943 9494
E-Mail: alois.rainer.wk@bundestag.de